

Die wichtigste Ideologie zum Geld ist das Postulat einer freien Verwendung des Geldes. Sie verspricht den Geldbesitzern Schrankenfreiheit im Umgang mit ihrem Vermögen. Aus dem freien Willen der Antike und dem freien Eigentum der bürgerlichen Revolution wurde die Freiheit des Geldes. Durch die Globalisierung ist alles käuflich geworden. Auch Staatshandeln ist vom Geld abhängig und damit indirekt dem Gewinnprinzip in Form der Kostenminimierung unterworfen. Geldfreiheit ist damit zu einem Recht geworden, alle Werte in unserer Gesellschaft nach dem Geldwert zu bestimmen. Das staatlich vermittelte Gemeinwohl in den Verträgen der Privatwirtschaft ist dem Effizienzstreben der Geldwirtschaft gewichen. Marktfreiheit steht über allem.<sup>30</sup> Jeder soll gegen jeden unendlich konkurrieren dürfen, um damit eine Steigerung des in Preisen ausgedrückten Bruttoinlandsproduktes zu erreichen.

Die Thesen sind nicht neu. Sie wurden im aufkommenden Industriekapitalismus als Abwehr gegen die Eingriffe des feudalen Staates in das Unternehmertum formuliert.<sup>31</sup> Auf den Vater des Liberalismus, Adam Smith, können sie sich nicht berufen.<sup>32</sup> Unter den Bedingungen einer internationalen Geldwirtschaft, die den

---

30 So z. B. in Friedman 1975 – *Capitalism and freedom*. Kritisch Stürner 2007 – *Markt und Wettbewerb über alles*.

31 Adam Smith (*Smith 1902 – The wealth of nations*), Jeremy Bentham (*Bentham – Principles of legislation*) und John Stuart Mill (*Mill 1974 – Über die Freiheit*) haben dies schon im 18. Jahrhundert dem Kapitalismus mit auf den Weg gegeben. Mill brachte den Glaubenssatz von Freiheit als Freiheit vom Staat in dem Postulat zur Geltung, dass nur Notwehr die individuelle Freiheit einschränken darf: »The sole end for which mankind are warranted, individually or collectively, in interfering with the liberty of action of any of their number, is self-protection.« (The Contest of America)

32 Zur Herleitung des Zitats aus dem vorhergehenden Buch über den Altruismus (*Smith 2006 – The Theory of Moral Sentiments*) vgl. die aufklärende Arbeit von Karl Polanyi (*Polanyi 2007 –*

freien Transfer von Kapitalien über den Globus erreicht hat, bekam diese Auffassung zudem eine ganz neue Bedeutung. Die Freiheit der Menschen wurde zur Freiheit, sein Kapital überall in der Welt zu vermehren, als Machtmittel einzusetzen und Verzinsung zu verlangen. Der Staat mit seinen realen Nutzenerwägungen und seiner sozialen Ausgleichsfunktion wurde zum Störfaktor. Die Verwalter dieser Geldvermögen: Banken, Versicherungen und Fonds, wurden im Namen der Freiheit der Individuen selber zu politischen Akteuren. Sie benutzen ihre mit der Kapitalkonzentration verliehene Macht dazu, die Verwertung und Investition von Geld supranational von den Einfriedungen durch Recht zu befreien. Es geht ihnen nicht um das Recht, sondern um dessen Beschränkung in Bezug auf ihre Geldfreiheit. Die andere Seite der Medaille, der staatliche Schutz des Vermögens, die Anerkennung als Geld (»Forderung«) und dessen Erhalt mit Straf-, Bußgeld- und Zwangsvollstreckungsrecht wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Diesen Teil der Staatsgewalt möchten sie mit Investitions- und Vollstreckungsschutz international ausbauen. Hier gibt es keine *Normenflut*. Das materielle Recht weicht dem Verfahrensrecht, das BGB der ZPO.

---

## 1 Geldmarkt ohne Grenzen: der Neoliberalismus

Finanzinteressen haben sich seit Aufbau der globalen Geldmärkte und der Computernetze in den 1970ziger Jahren mit der Politik verbunden. Dadurch verlagerte sich der Wettbewerb der Staaten von der Produktionsleistung zur Macht ihrer Währungen und Wertpapiere. Die neue Geldfreiheit als Ausdruck menschlichen Freiheitsstrebens wurde zu einer wissenschaftlichen Theorie. Mit der politisch gewordenen Macht der im International Institute of Finance zusammengeschlossenen Weltbanken erreichte sie nicht nur unter den Regierungen Reagan und Thatcher, sondern in Deutschland auch vor allem unter den sozialdemokratischen

---

*The great transformation*), der auch den Missbrauch des Zitats aufgedeckt hat. Danach war das utilitaristische Gewinnprinzip in der Zeit um 1800 nur Ideal bzw. Heuristik des Adam Smith (Smith 1902 – *The wealth of nations*) und nicht Beschreibung der tatsächlichen Wirtschaftsmotivation der Menschen. (vgl. I.C.1) Anders als diejenigen, die sich auf ihn berufen, sah Adam Smith, wie es Bentham (*Bentham, Smith 1788 – Vertheidigung des Wuchers*) an ihm kritisierte, den Egoismus nicht als idealen Wert, sondern nur als ideales Mittel an. Jeremy Bentham und Milton Friedman (Friedman 1984 – *Kapitalismus und Freiheit*) (»Die Ethik des Unternehmers ist die Gewinnmaximierung«) sind dann die eigentlichen Theoretiker des Unmenschen, indem sie das Gewinnprinzip als psychologische Tatsache formulierten und damit zum Grundideal einer grundsätzlich asozialen individualistischen Gesellschaft erhoben, die sich um ihre eigene kulturelle Entwicklung nicht mehr zu kümmern braucht, sondern sie praktisch gegen ihren Willen befördert.

Regierungen besonderes Gewicht.<sup>33</sup> Die Finanzwirtschaft schien überrascht, wie einfach es war, ihre bis dahin politisch als Lobbyismus abgewerteten Forderungen nunmehr wissenschaftlich geachtet und mit Nobelpreisen versehen durchzusetzen. Der Slogan »mehr Markt wagen« befreite die Aktion vom Geruch des Klassenkampfes. Es handelte sich bei der Interessendurchsetzung um ein Konzept, hinter dem sich weltweit Professoren an den renommiertesten Universitäten gesammelt hatten, die offen gebliebene Fragen beantworteten, rechneten und mit der Wirtschaftssprache Englisch die französische Nationalökonomie verdrängten.<sup>34</sup> Wo alles privat regelbar war, erschien die Staatsverschuldung als Raub

---

33 Ob die eigentliche Deregulierungswelle unter Toni Blair, Gerhard Schröder, Francois Mitterand und Bill Clinton vor allem vom sozialdemokratischen Lager befördert wurde, bleibt zu erforschen. Historisch war es eher die Linke, die die Macht der Banken als Inbegriff einer Gefährdung der sozialen Demokratie ansah und Verstaatlichung oder zumindest staatliche Regulierung forderte. (vgl. *Hilferding 1912 – Das Finanzkapital; Lenin Iljitsch 1917 – Der Imperialismus als höchstes Stadium*). Der nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaute politische Einfluss des Staates kehrte sich jedoch allmählich um. So entwickelte der Finanzsektor klassenübergreifende Interessen, die von den Betriebsräten der Finanzkonzerne in die Gewerkschaften und deren Parteien übertragen wurden. Die Entwicklung der Gewerkschaften zu Finanzdienstleistern ihrer Mitglieder machte sie teilweise selber für die Verlockungen freier Geldrenditen empfänglich. Außerdem hatten die Deutschen Gewerkschaften die im Nationalsozialismus zur Bank der Arbeit zusammengeschlossenen einzelnen Banken nicht wieder zerschlagen, sondern selber als Großbank (Bank für Gemeinwirtschaft) übernommen. Die BfG integrierte sich in die Finanzwelt und vermittelte deren Interessen in die Gewerkschaftsbewegung. Korruption und Personalgeschäfte verhinderten Distanz. Einst waren sie von den Einzelgewerkschaften geschaffen worden, um die Streikkassen gegen den Zugriff der Unternehmer zu schützen. Jetzt war es eine korrupte Universalbank, die mit Gewerkschaftsgeldern gerettet werden musste. Die größten Sparkassen wie HASPA, Kölner, Frankfurter und Hannoversche Sparkasse entwickelten sich ebenfalls zu Universalbanken und schlossen sich mit den Privatbanken und Genossenschaftsbanken im *Zentralen Kreditausschuss* (ZKA) insoweit zum Kartell zusammen, wie die Interessen des Finanzsektors gegenüber dem Staat zu vertreten waren. In den Aufsichtsgremien saßen in den Großstädten die Sozialdemokraten. Die größten Landesbanken wie West-, Nord- und Hessische LB waren personell mit den Landesregierungen verwoben. (Die freie Nutzung von Privatjets der WestLB durch Politiker in NRW erregte Aufsehen.) Auch im Genossenschaftsbereich regierten die Zentralinstitute. Viel stärker war der Zusammenhang zudem noch in der Versicherungsindustrie, wo die Volksfürsorge die Arbeiterbewegung repräsentierte, gleichzeitig aber Versicherer von Risikoverteilern zu Kapitalinvestmentgesellschaften mutierten. Damit drehte sich der Einfluss um. Aus der personellen Kontrolle der Finanzinstitute über Aufsichts- und Verwaltungsräte durch die Politik wurde eine Kontrollmöglichkeit der Finanzinstitute über die Politiker. Die Korruptionsanfälligkeit stieg, weil gerade in der Kumulierung ökonomischer Aktionärskontrolle mit politischer Staatskontrolle sich beide Systeme gegenseitig aufhoben.

34 *Tancelin 2014 – Life time et contrat*. Wie keine andere Ökonomie haben die Franzosen dank ihrer insgesamt philosophischeren Ausrichtung auch in den Wirtschaftswissenschaften den Anspruch einer die gesamte Wirtschaft umfassenden *Economie politique* (Nationalökonomie) bewahrt allerdings auch dafür mit praktischer Irrelevanz bezahlt. Anders als die deutschen Philosophen hatte Jean Jacques Rousseau 1760 seine *Reden zur politischen Ökonomie*

am Steuerbürger. Der Abbau staatlicher Bankenregulierung wurde als Mittel gegen das Gespenst der Staatsverschuldung plausibel. Wer selber nicht wirtschaften kann, so hieß es, kann anderen nicht noch Lehren erteilen.

Wo im stalinistischen ebenso wie im faschistischen Denken Partei und Führer die Unterwerfung zu einer unpolitischen Glaubenssache machten, verkündete der Neo-Liberalismus die Überlegenheit der Märkte gegenüber der Politik. Dabei half die Erstarkung der USA zur einzigen Weltmacht nach dem Fall der Mauer. Ihre Weltkonzerne wie Citibank, Bank of America, Bankers Trust vor allem aber ihre Investmentbanken wie J. P. Morgan, Lehman Brothers, Dean Witter, Morgan Stanley, Merrill Lynch zusammen mit den Fonds hatten den größten Anteil am Zusatzgewinn.

Es ist seine bestechende Einfachheit, die den Neo-Liberalismus zur Alltagspolitik befähigte: alles hat Geldwert, nur wer Geld hat, besitzt einen Wert, Geldvermehrung ist Wertschöpfung und bildet den Reichtum der Nationen. Der Neo-Liberalismus trifft die Anschauung des durchschnittlichen Lohnempfängers und Sparerers, die mit Zinsen und Lohnzuwachs ihren Lebensstandard steigern. Ihre Vertreter in der Wissenschaft sind daher Geldtheoretiker und Monetaristen, die die Wirtschaft allein über das Geld gesteuert sehen.<sup>35</sup>

Als Ziel gibt die neo-liberale Wirtschaftstheorie an, dem Geld neben dem Markt auch die hierarchisch oder reziprok organisierten Wirtschaftssysteme anzuvertrauen. So soll der junge Mensch nicht mehr »für die Alten« sorgen, sondern das Geld für sich aufsparen, um mit diesem *Kapitalstock* »im Alter für sich selbst« sorgen zu können. Niemand müsse mehr mit anderen in der Gesellschaft bewusst kooperieren. Geld verdienen und verausgaben sei schon ein Beitrag zur Wirtschaft für alle. Der Sparer sorgt danach nicht mehr vor, sondern er ist ein an der Geldvermehrung interessierter Anleger. Das Risiko bestimmt keine Gefahr mehr, sondern einen Geldbetrag, den der Versicherer gegen Entgelt übernimmt, indem er das Risiko »aufkauft.« Aus dem Arbeiter wird der Investor seiner Ar-

---

veröffentlicht, die schon 1792 als Abhandlung zur politischen Ökonomie übersetzt wurden. Malthus, Walras, Pigout aber vor allem auch die französischen Sozialwissenschaftler (*Baudrillard 1974 – La Societe de consommation*) fehlen heute in der Aufzählung der Klassiker der Ökonomie in den Lehrbüchern (*Fricke, Neue Wirtschafts Wunder.de 16. 10. 2007 – Vilfredo Pareto*), die von den Nur-Ökonomen des Wirtschaftsliberalismus beherrscht werden. Es dürfte kein Zufall sein, dass in der Krise mit dem Nobelpreis 2014 für Ökonomie an M. Jean Tirole 2014 dem Erfolgsbuch des Sozialwissenschaftlers Thomas Piketty (*Piketty 2014 – Das Kapital im 21*) zwei Franzosen weltweit in Erscheinung treten, die aus einem Land kommen, dessen Wirtschaftsauffassungen lange Zeit als veraltet galten.

35 Besonders deutlich bei Milton Friedman mit den Publikationstiteln: *Friedman 1960 – Echter und unechter Goldstandard*; *Friedman, Schwartz 1971 [1963] – A Monetary history*; *Friedman 1969 – The optimum quantity of money*; *Friedman 1973 – Die Gegenrevolution in der Geldtheorie*; *Friedman 1976 – Price theory*; *Friedman 1992 – Money mischief*.

beitskraft, aus dem Verbraucher der Nachfrager. Deregulierung, Privatisierung, Selbstheilungskräfte des Marktes, Eigenverantwortung der Bürger, freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, Bürokratieabbau, Kampf gegen die Regulierungswut, wider den Versorgungsstaat und die »soziale Hängematte«, die »Selbstbedienungsmentalität«. »Geiz ist geil«, »Leistung soll sich wieder lohnen«, »Fordern (statt) Fördern« sind die »kleinen Wagen« einer Religion, in denen wie im Buddhismus der »große Wagen« das theoretische Konzept des Neo-Liberalismus in die Welt fährt. Effizienz, Exzellenz und Eminenz werden in Geldgewinn gemessene. Sie ersetzen die Beurteilung der Nützlichkeit eines Arbeitsproduktes für die Realwirtschaft durch den Geldgewinn. Geld haben ist der Beweis für produktives und damit gemeinnütziges Wirtschaften. Die Gottgefälligkeit von Reichtum, die Johannes Calvin den Genfer Kaufleuten des Mittelalters attestierte, wird durch die Vergöttlichung der Effizienz seiner Banken fortgesetzt. Hedgefonds und Finanzinvestoren können dann nachhaltig aufgebautes Sach- und Arbeitskapital zerlegen und trotzdem volkwirtschaftlich »Gutes tun«. Es muss nur die Renditeerwartung der shareholder erfüllt werden.

Ein deutliches Beispiel bot dabei der Feldzug im Namen der Menschenrechte gegen die russische Wirtschaftspolitik der Putin-Regierung. Im Namen der Geldfreiheit wird 2015 auch das Kapital der europäischen Menschenrechtskonvention verspielt. Parallel zu dem Urteil, das die Argentinische Entschuldung im Namen der »Menschenrechte« eines Hedgefonds torpedierte<sup>36</sup> entschied das ständige niederländische Schiedsgericht, dass Russland fast ein Drittel sei-

---

36 Der 83jährige Einzelrichter Thomas Griesa am US-Bundesgericht in Manhattan hatte das Urteil 2014 gefällt, das vom Second Circuit Court of Appeals in New York bestätigt wurde. Er zerstörte damit im Namen der Eigentumsrechte des Paul Singer und seines Hedgefonds den mit der Meistbegünstigungsklausel ausgestatteten Vergleich mit den Argentiniengläubigern, der Argentinien wieder Zugang zu den Finanzmärkten verschafft hätte. Griesa war vor seiner Karriere als Richter Partner in der Anwaltskanzlei Davis Polk & Wardwell in New York und vertrat dort die Interessen großer Kapitaleigner. Er machte damit Politik in Argentinien, weil die Regierung Kirchner, die sich dem Hedgefonds 13 Jahre widersetzt hatte, im Volk ohnmächtig dastand und die notwendigen Kredite nicht aufnehmen konnte. Sie verlor Anfang 2016 die Wahl an den Wirtschaftsliberalen Mauricio Macri, der dann auch eiligst Paul Singer 70 % des Geldes in Höhe von 4,65 Mrd. Euro vor allen anderen Gläubigern in einem »Vergleich« zusicherte. Die Papiere hatte Singer spekulativ für geringe Summen nach der Zahlungsunfähigkeit Argentiniens von dessen Gläubigern aufgekauft und nach dem Nominalismusprinzip gleichwohl den vollen Betrag verlangt. Die USA als Zentralstelle des internationalen Wertpapierhandels bleiben damit auch politisch die größte Wirtschaftsmacht der Welt, weil ihre Gerichte über andere Länder im Zweifel zugunsten amerikanischer Gläubiger entscheiden. Die Presse titelte dazu am 2. 3. 2016: »Unter Geiern – ... ein Musterbeispiel dafür, was passieren kann, wenn eine Regierung in die Fänge aggressiver Investoren gerät.« Allerdings ist Singer kein Investor, sondern nur Inkassofunktionär, der Investment nur nutzt. Die Aggressivität steckt zudem in dem Justizsystem, das das entwertete Geld als objektiven Wert bei Schuldnern aus deren Subsistenz Einkommen eintreibt.

ner internationalen Barreserve von 175 Mrd. Dollar in Höhe von 51,6 Mrd. Dollar als Schadensersatz wegen Verletzung der Eigentumsrechte u.a. an den in der Schweiz lebenden russischen Milliardär Mikhail Chodorkovsky<sup>37</sup> zu zahlen

37 Chodorkovsky wurde 2003 in Russland wegen Steuerhinterziehung und Betrug verurteilt. Der europäische Gerichtshof hat in seiner Yukos-Entscheidung vom 20. 9. 2011 (08/03/2012) seine Zuständigkeit zur Beurteilung dieser innerrussischen Vorgänge bejaht (gegen die Stimmen von drei Richtern aus slawischen Staaten). Dazu gab es folgenden Hintergrund.

2004 wurde Chodorkovsky in den USA zur »Person des Jahres« erklärt. Er wurde als Opfer dargestellt. (so auch in en.wikipedia.org) Dabei hätte die Frage, wie man seit 1990 ein solches Vermögen aufbaut, das vormals dem Staat gehörte, durchaus von Interesse sein müssen. Die Methode war auch nicht unbekannt. Im Namen von Geldfreiheit und Demokratie hatten die Amerikaner mit ihren Beratern nach 1990 vor allem die Regierung Jelzin (1991–1999) auf ihren Kurs der Privatisierung festgelegt. (vgl. Kornai 1990 – *The road to a free*; Logue, Plekhanov et al. 1995 – *Transforming Russian enterprises*; Murrell 1995 – *The transition according to Cambridge*). Das System ist als *Coupon-Privatisierung* bekannt geworden. Mit ihm wurden auch die Staatskonzerne Yukos und Rosneft in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Anteilsscheine wurden demokratisch »dem Volk« gratis zugeteilt. Das »Volk« aber brauchte Bargeld und keine Coupons. Deshalb konnten die Anteilsscheine »dem Volk« leicht abgekauft werden. (Das war auch bei den Vorläufern wie der 100 DM VW-Volksaktie mit gleichem Zeichnungsrecht von 1961 in Deutschland ähnlich, wo 2015 neben dem Staat die Familien Piëch und Porsche die Mehrheit und die Gewinne von 2200 % besaßen. (vgl. Handelsblatt v. 7. 4. 2011). Auch das »Volk« in Deutschland brauchte Geld und nicht Aktien zum Leben.)

Die russischen Coupons wurden zum weit unter Wert liegenden Ausgabekurs von denjenigen erworben, die über Liquidität verfügten. Diese Liquidität aber verschafften ihnen Kredite der Staatsbanken, weil niemand in Russland privates Barvermögen in dieser Dimension hatte aufhäufen können. Der Zugang zum Kredit entschied, wem die Wirtschaft gehören sollte. Im Hintergrund gab es große Hoffnung im Westen. Die Kreditvergabe war dann ein Sumpf der Korruption. Die Sieger waren letztlich vom amerikanischen Kapitalismus angeleitete Raubritter. Da durch die Liberalisierung der Rubel sich abwertete, wurde die Kreditrückzahlung zu einer Frage der Portokasse aus dem Verkauf relativ weniger Aktien. Der Oligarch entstand aus der *Coupon-Privatisierung*.

Die Hintergründe sind 1999 schon früh dargestellt worden von David Ellermann, damals Assistent von Joseph Stiglitz bei der Weltbank in *Ellermann 1999 – Lessons From East Europe's Voucher* mit Nachweis der kritischen Literatur wie Black, Kraakman Reinier et al. 2000 – *Russian Privatization and Corporate Governance*; Ellermann 1993 – *Management and Employee Buy-Outs*; Sachs 1999 – *Lessons of Transition*; Scott 1998 – *Seeing like a state*; Shleifer, Vishny 1998 – *The grabbing hand*; Starobin 04. 12. 1999 – *What went wrong*; Stiglitz 1994 – *Whither socialism*; Stiglitz 28–30 April 1999 – *Whither Reform*; Stiglitz 1996 – *Quis custodiet ipsos custodes* Wikipedia 28. 07. 2015 – Boris Nikolajewitsch Jelzin und Wikipedia 29. 06. 2015 – *Coupon-Privatisierung*, anders dagegen Wikipedia 23. 07. 2015 – *Michail Borissowitsch Chodorkowski*).

Dies Ganze wurde politisch unterstützt durch Rechtsbruch in Russland, über den der Westen gerne schwieg. Jelzin löste 1993 das Parlament auf, das sich seinen Privatisierungsformen widersetzte. Er brach damit unter dem Beifall im Westen die Verfassung, die ihm dies Recht nicht gab. Das Parlament entthob ihn seines Amtes und ernannte den Vizepräsidenten

habe.<sup>38</sup> Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sekundierte 2014 mit einer Entscheidung, die den Yukos-Aktionären 2 Mrd. € Schadensersatz wegen Verletzung ihres Menschenrechts auf Eigentum<sup>39</sup> zusprach. Die russische Regierung hat diese Entscheidung nicht anerkannt.<sup>40</sup> Dass diese Eingriffe des Privat-

---

Ruzkoi zum neuen Präsidenten. Jelzin putschte sich darauf mit Hilfe des Militärs wieder zur Macht. (Wikipedia 28. 07. 2015 – Boris Nikolajewitsch Jelzin)

Unter Putin wurde gegengesteuert. Allerdings wurde das Vermögen nicht wieder verstaatlicht. Dies wäre völkerrechtlich wohl in Anbetracht der Illegalität des Coupon-Sozialismus und des anschließenden Transfers dringend benötigten russischen Kapitals in den Westen unproblematisch gewesen. (siehe China) Doch Putin optierte im inneren Machtkampf vorsichtig dafür, die Oligarchen gegeneinander auszuspielen. Er übertrug Chodorkovsky's Macht an Igor Setzschin von Rosnet. Dies mag politisch der einzige Weg gewesen sein. Rechtlich ist er jedoch höchst problematisch, vor allem wenn ihn ausländische Gerichte zu beurteilen haben. Doch das Urteil in den Niederlanden rechtfertigt dies nicht, weil es eine Karikatur der Menschenrechte vertritt.

- 38 Das Urteil des Schiedsgerichts, das auch im Lichte des Streites um die Bedeutung eines zukünftigen exklusiven privaten Schiedsgerichts für den Investitionsschutz der Amerikaner in Europa im Rahmen des beabsichtigten TTIP-Abkommens mit den USA gesehen werden muss, erging am 21. 7. 2014 in den Haag. Die drei Richter urteilten, der russische Staat habe unzulässig politisch in die Eigentumsrechte der Aktionäre eingegriffen. Damit gab sich ein Handelsschiedsgericht durchaus die politische Kompetenz, über russische Innenpolitik zu entscheiden. Dies hatte auch Konsequenzen. Belgien und Frankreich haben danach russische Konten u. a. auch diejenigen der russischen Botschaft gesperrt. Der ständige Schiedsgerichtshof in Den Haag wurde 1899 zur Friedenssicherung geschaffen. Die Vollstreckbarkeit dieses Urteils beruht auf dem UNCITRAL Abkommen. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dem sich auch Russland unterworfen hat, war in seiner Entscheidung vom 20. 9. 2011 (08/03/2012) noch der Meinung, dass Russland bei dem Steuerstrafverfahren gegen Chodorkovsky nicht aus politischen Gründen dessen Menschenrechte verletzt habe und wies die Klage ab. Er entschied allerdings dann 2014, dass die in der EMRK verankerten Eigentumsrechte der Aktionäre verletzt seien und gab gegen Russland einen Schadensersatzanspruch in Höhe von 2 Mrd. €.
- 39 Artikel 1 des Zusatzprotokolls zur EMRK regelt den »Schutz des Eigentums« gegen Enteignung, belässt jedoch ausdrücklich die Regelung des Gebrauchs des Eigentums beim nationalen Gesetzgeber. »Jede natürliche oder juristische Person hat das Recht auf Achtung ihres Eigentums. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, dass das öffentliche Interesse es verlangt, und nur unter den durch Gesetz und durch die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts vorgesehenen Bedingungen. Absatz 1 beeinträchtigt jedoch nicht das Recht des Staates, diejenigen Gesetze anzuwenden, die er für die Regelung der Benutzung des Eigentums im Einklang mit dem Allgemeininteresse oder zur Sicherung der Zahlung der Steuern oder sonstigen Abgaben oder von Geldstrafen für erforderlich hält.«
- 40 In seiner Entscheidung vom 14. 7. 2015 stellte das russische Verfassungsgericht auf Antrag von Abgeordneten der russischen DUMA unterstützt vom Verfassungsgericht in St. Petersburg fest, dass Russland zwar wirksam die Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) 1996 ratifiziert habe, durch die sie in Russland 1996 zu Recht geworden sei. In Einzelfällen könne Russland aber die Ausführung der Urteile des EGMR verweigern. Dies sei dann gerechtfertigt, »wenn eine solche Abweichung der einzige Weg ist, eine Verletzung

eigentums in die politisch demokratische Staatssphäre völkerrechtswidrig sind, hat dagegen der Bundesgerichtshof in der Frage griechischer Staatsanleihen entschieden.<sup>41</sup>

Nach der Entmündigung Griechenlands durch die Troika innerhalb der EU wurde damit unter dem Banner der Geldfreiheit als Menschenrecht ein weiterer Baustein europäischer Konsensbildung zerstört. Der Investorenschutz als Geldfreiheit mag zu den Menschenrechten gezählt werden. Doch ihn auf die gleiche Stufe wie etwa die Folter zu stellen und durchzusetzen muss der Achtung der Menschenrechte schaden. Milliardenvermögen einzelner zu schützen ist nicht Ausfluss der Humanität, sondern eine Systementscheidung für die Verleihung wirtschaftlicher Macht. Sie mag richtig sein aber die Gerechtigkeit fordert sie nicht.

Der Neo-Liberalismus beruft sich zu Unrecht auf den »neuen Liberalismus«, wie ihn der Politikwissenschaftler Hayek entwickelte. Dieser hatte im Angesicht von Faschismus und Stalinismus sich von den Gemeinschaftsideologien der Fabian-Sozialisten abgewandt und die individuelle Freiheit als höchstes Gut gegen

---

grundlegender Prinzipien der Verfassung zu vermeiden«. Diese Auffassung wird inzwischen auch vom Bundesverfassungsgericht geteilt. (vgl. zu internationalen Verträgen generell Beschluss vom 15. 12. 2015 2 BvL 1/12; zum Europäischen Menschenrechtskonvention: »Die Völkerrechtsfreundlichkeit entfaltet Wirkung jedoch nur im Rahmen des demokratischen und rechtsstaatlichen Systems des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erstrebt die Einfügung Deutschlands in die Rechtsgemeinschaft friedlicher und freiheitlicher Staaten, verzichtet aber nicht auf die in dem letzten Wort der deutschen Verfassung liegende Souveränität. Ist ein Verstoß gegen tragende Grundsätze der Verfassung nicht anders abzuwenden, so widerspricht es nicht dem Ziel der Völkerrechtsfreundlichkeit, wenn der Gesetzgeber ausnahmsweise Völkervertragsrecht nicht beachtet.« (BVerfG 14. 10. 2004 2 BvR 1481/04)

- 41) Dem lag eine Klage privater Anleger zugrunde, die auf Grund eines gesetzlichen Schuldenschnitts in Griechenland vom 23. 2. 2012 in einen Vergleich gezwungen wurden. Ähnlich wie bei Argentinien war der Vergleich vorher mit der Mehrheit der Gläubiger geschlossen worden und sah eine Abwertung der nicht mehr bedienbaren Staatstitel um 50 % ihres Nominalwertes vor. Der Bundesgerichtshof (VI ZR 516/14 v. 8. 3. 2016) führt dazu aus: »(Der Klage) steht der völkergewohnheitsrechtlich anerkannte Grundsatz der Staatenimmunität entgegen (§ 20 Abs. 2 GVG, Art. 25 GG). Dieser besagt, dass ein Staat nicht fremdstaatlicher nationaler Gerichtsbarkeit unterworfen ist, weil dies mit dem Prinzip der souveränen Gleichheit von Staaten und dem daraus folgenden Rechtsprinzip, dass Staaten nicht übereinander zu Gericht sitzen, nicht vereinbar wäre.« Allerdings wird die bloße staatliche Vollstreckung privatrechtlicher Titel gegen einen anderen Staat (ähnlich wie beim Privatgeld leider) nicht zum hoheitlichen Handeln dieses Staates gerechnet. Doch der BGH durchbricht die Ideologie der Staatsfreiheit privater Geldvermögen, wo der Staat vom bloßen Dienstleister zum verantwortlich Handelnden wird. »Für die Frage der Immunität«, so der BGH laut Presseerklärung 51/2016, »kommt es aber nicht auf die Rechtsnatur des Grundverhältnisses an, sondern auf die Natur der staatlichen Handlung, über deren Berechtigung die Parteien streiten. Deshalb geht es im Streitfall nicht um die Rechtsnatur der Kapitalaufnahme durch Emission von Staatsanleihen, sondern um die Rechtsnatur der Maßnahmen der Beklagten, die letztlich zur Ausbuchung der Schuldverschreibungen aus dem Wertpapierdepot der Kläger führten.«



alle Bedrohungen angesehen. Er vertrat einen radikal zu Ende gedachten Liberalismus und kein zum Gesellschaftsprinzip erhobenes Recht auf ungezügelte Geldspekulationen für Investmentbanker. Allein individuell freies Handeln, das der Staat mit seinem Recht vor Monopolen und Kartellen ebenso wie vor dem Missbrauch seiner Macht zu schützen habe, sollte die Welt vom Totalitarismus befreien. Dabei wollte Hayek anders als die heutigen Neo-Liberalen auch den Zwangsvollstreckungsstaat zugunsten der Eigentümer beschränken und Marktfreiheit und politische Freiheit aller durch Recht sichern: »Das Ziel des wiedererstandenen Liberalismus, der zur Zeit noch mehr eine intellektuelle als eine politische Bewegung darstellt, ist somit im Wesentlichen eine Wiederbelebung des Rechtsstaatsideals, wobei das Prinzip der strengen Bindung der Gewaltausübung des Staates durch das Gesetz und die weitest gehende Verminderung aller Ermessensvollmachten an die Stelle der vagen Gegnerschaft des älteren Liberalismus gegen alle ›Staatsintervention‹ getreten ist.«<sup>42</sup> Eine Geldfreiheit als Freiheit an sich hatte er nicht beabsichtigt.

Die neo-liberale Theorie verlangte dagegen gerade die Macht großer Geldkapitalien zum Testfall individueller Freiheit vor staatlicher Kontrolle zu machen.

---

42 Der Kontext lautet: »Erst als das Vordringen totalitärer Regierungsformen unverkennbar zeigte, dass die Entwicklung, die auf dem Gebiete der Wirtschaft begonnen hatte, schließlich unvermeidbar auch die geistige Freiheit bedrohte, begann in jenen Intellektuellenschichten, die die Führer in der Abkehr vom Liberalismus gewesen waren, eine Umkehr. In den Jahren, in denen die Drohung des Totalitarismus am größten war, übten dann die Schriften von Walter Lippmann, Louis Rougier, Wilhelm Röpke, Friedrich A. v. Hayek, Walter Eucken und anderer eine weitgreifende Wirkung aus, die den früheren Arbeiten von v. Mises, denen jene zum großen Teil die Anregung verdankten, zunächst versagt geblieben war. Der neue Liberalismus unterscheidet sich vom alten vor allem darin, dass er sich des engen wechselseitigen Zusammenhanges zwischen wirtschaftlichen und politischen Institutionen bewusster ist. Nicht nur, dass politische Freiheit ohne freie Wirtschaft unmöglich sei, sondern vor allem auch, dass das befriedigende Funktionieren der Wettbewerbswirtschaft ganz bestimmte *Erfordernisse bezüglich des rechtlichen Rahmenwerkes* stelle, sind die Grunderkenntnisse, auf die sich der neue Liberalismus gründet. An die Stelle der stets irreführend gewesenen Formel »Laissez faire« trat das ausdrückliche Bemühen um eine Gestaltung der Rechtsordnung, die der Erhaltung und dem erspriesslichen Wirken des Wettbewerbs günstig ist und das Entstehen von privaten Machtpositionen auf der Seite sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter zu verhindern sucht. Es war klar geworden, dass die klassischen »Grundrechte«, in denen die liberalen Ideale des 19. Jh. vor allem ihren Niederschlag gefunden hatten, nicht dadurch wirklich gesichert werden können, dass die Verfassungen sie einfach aussprechen, sondern dass der ganze Charakter der Rechtsordnung ihrem Geiste entsprechend gestaltet werden muss und dass es vornehmlich die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung der beiden letzten Generationen gewesen ist, die die Freiheit bedrohte, die jene Grundrechte hatten schützen sollen.« (Hayek 1959 – *Politischer Liberalismus*). Zur parallelen Kritik an dem Missbrauch des Aufsatzes von Ronald Coase vgl. Tancelin 2014 – *Life time et contrat*.

Kartelle und Monopole wurden als Beweis der Effizienz angesehen.<sup>43</sup> Ihnen sollte gerade wie in Chile unter Pinochet praktiziert mit Militärgewalt die freie Entfaltung gesichert bleiben.<sup>44</sup>

Die Durchsetzung der neo-liberalen Ideologie war selber ein Beispiel, wie mit Geld und Kartellen an den ökonomischen Fakultäten die Freiheit der Wissenschaft eingeschränkt wurde. Die Bankenwelt umgab sich mit Wissenschaftlern und Politikern, die ihren Wünschen ein theoretisches Fundament und eine massenwirksame Form vermittelten.<sup>45</sup> Sie finanzierten und unterstützten Denkfabriken und

---

43 Unter Ronald Reagan wurde die Anti-Trust Behörde bei vertikalen Wettbewerbsbindungen zum Nichtstun verdammt und personell mit einem Neo-Liberalen besetzt. Als Begründung für die Abschaffung von Kartellverboten (»Liberalisierung des Anti-Trust Gesetzes«) für die obersten 500 Unternehmen im Jahre 1986 gab die Regierung Reagan an, das dadurch die Benachteiligung der USA im Außenhandel aufgehoben würde. Marktmacht wurde damit zum Garanten der Freiheit. (Vgl. dazu *Correia February 15, 1986 – Checking Merger Mania*).

44 Es gehörte zu den Grundüberzeugungen der Aufklärung, dass Staat und Recht, die sich einst mit dem Versprechen bildeten, Frieden zu stiften (Landfrieden, Pax Romana, Friedensverträge, Pazifizierung) und ihre Tyrannen des Wortbruchs bezichtigen konnten, durch die Ausbreitung des Handels in dieser Funktion überflüssig werden würden. So meinte Immanuel Kant in seiner Schrift »Zum ewigen Frieden«: »Es ist der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt. Weil nämlich unter allen, der Staatsmacht untergeordneten, Mächte (Mitteln) die Geldmacht wohl die zuverlässigste sein möchte, so sehen sich Staaten ... gedrungen, den edlen Frieden zu befördern, und, wo auch immer in der Welt Krieg auszubrechen droht, ihn durch Vermittlungen abzuwehren, gleich als ob sie deshalb im beständigen Bündnisse ständen; denn große Vereinigungen zum Kriege können, der Natur der Sache nach, sich nur höchst selten zutragen, und noch seltener glücklich.« (*Kant 1796 – Zum ewigen Frieden*). Doch anders als Polanyi, der dem Kapitalismus vorwarf, im 19. Jahrhundert seine eigenen Ziele der Einführung von Marktwirtschaft verraten zu haben, ist es der implizite Gegensatz von Eigentum und Vertrag, von Herrschaft und Freiheit, der gerade die Marktwirtschaft zum Krieg drängt. Je mehr Eigentum, desto erfolgreicher ist die Erzielung von Vorteilen mit der Marktfreiheit. Monopolgewinn und Verdrängungswettbewerb, militärische Sicherung des Zugangs zu den Rohstoffen sind mit der Marktwirtschaft durchaus verknüpft. Allerdings ist es nicht der Markt, der durch Anarchie einen »Krieg aller gegen alle« befördert, sondern die strikte Ordnung des Eigentums, die zum Raub anstachelt. Da dieses Eigentum heute der Geldbesitz ist, ist die Geldwirtschaft des Kapitalismus zur Besitzverteidigung durchaus kriegsbereit, bei Einsatz des Geldes im Handel dagegen auf die Mittel des »Vertrags« angewiesen. In diesem Dualismus lässt sich die amerikanische Dritte Welt Politik zwischen Handelsabkommen und Kriegen, zwischen Kapitalexport und gewaltsamer Sicherung der Eigentümerinteressen auf das Fehlen einer staatlichen Tradition in der Friedenssicherung ebenso zurückführen wie der Anachronismus der Sklaverei nach der Glorious Revolution von 1688.

45 *Mirowski 2014 – Never let a serious crisis* dazu: Brett Christophers, (Uppsala University) Besprechung: Philip Mirowskis *Never Let a Serious Crisis Go to Waste: How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*, Book Review Symposium. 2013. <http://www.AntipodeFpimdatopm.org>.

Netzwerke wie die »Stiftung des Deutschen Eigentums«.<sup>46</sup> Der wohl provokanteste und medienwirksamste Theoretiker des Neo-Liberalismus, Prof. Hans-Werner Sinn, der mit Titeln wie »Ungerecht lebt sich besser« und mit Reden gegen Mindestlöhne, Kündigungs- und Umweltschutz das Münchener ifo-Institut vor dem Konkurs rettete, hat alle Schattierungen neo-liberaler Argumentation vertreten und ist zum »Top-Ökonom«<sup>47</sup> avanciert. Thomas Straubhaar ehemals beim Hamburger Weltwirtschaftsinstitut sieht das Streben nach sozialer Gerechtigkeit als Ideologie, der Freiburger Wirtschaftsliberale Raffelhüschen erklärt als Vorstandsmitglied der Initiative Soziale Marktwirtschaft und als Mitglied im Aufsichtsrat der ERGO-Versicherungsgruppe die Privatisierung der Altersvorsorge zum Erfolg für die Sicherheit der Rente.

Zu den Denkfabriken der Deregulierung gehören die »Initiative Finanzplatz Deutschland« der Banken, die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« unter der Kuratoriumsleitung des ehemaligen Bundesbankchefs Tietmeyer, die »Stiftung Marktwirtschaft« mit ihrem Kronberger Kreis und die Atlantikbrücke unter Leitung von Friedrich Merz, in der die Banken tonangebend sind.<sup>48</sup>

Ausgehend von den USA, wo eine Gruppe an der Universität von Chicago um Milton Friedman bei den Ökonomen (»Chicago Boys«) und Richard Posner<sup>49</sup> bei den Juristen dieser Theorie ihre politisch wirksamen Konturen gab, wurde der Neo-Liberalismus das Wirtschaftskonzept der Bush-Regierung, aber auch der Pinochet-Diktatur in Chile. Ronald Reagan (»Reaganomics«) und Margret Thatcher (»Thatcherism«) führten im Namen der Freiheit einen erfolgreichen Kampf gegen den Gewerkschaftsstaat. Die Entlassung der streikenden Fluglotsen in den USA und die Entlassung der streikenden Bergarbeiter in England zerschlugen deren Macht bis heute.

46 Ein Treffen war mit dem Logo einer Großbank im April 2008 angekündigt worden. Die Zeit titelte: »Friedrich Merz wettet gegen den Staat – Banker jubeln!«

47 »Deutschland steht vor einer Staatskrise ... Der Ex-Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark, stellt das neue Buch von Ökonom Hans-Werner Sinn vor. Der Termin gerät zu einer fulminanten Abrechnung mit der Euro-Rettungspolitik.« (FAZ 10. 10. 2014). (dazu Sinn 2014 – *Gefangen im Euro*) Aufsehen erregte es, als er die zaghaften Versuche des Staates, Banker rechtlich für ihren Umgang mit dem Vermögen zur Verantwortung zu ziehen, mit der Verfolgung der jüdischen Mitbürger im Dritten Reich verglich.

48 Auf dem neo-liberalen Freiheitsbegriff baut auch die vom ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof und Friedrich Merz geforderte Ablösung sozialer Steuerprogression durch eine Flatrate von 25 % für alle auf. Die Buchtitel zeigen Machtbewusstsein: »Das Maß der Gerechtigkeit« (Kirchhof), »Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist« (Sinn), »Die gefühlte Ungerechtigkeit: Warum wir Ungleichheit aushalten müssen, wenn wir Freiheit wollen« (Straubhaar).

49 Posner 1992 – *Economic analysis of law*.

Aus der Freiheit der Geldwirtschaft vom Staat wurde der Anspruch, den Geldbesitzern alle Gesellschaftsbereiche zu öffnen. Post, Bahn, Versorgungseinrichtungen und Schulen, die an Fonds verkauft und dann von diesen zurückgeleast wurden, waren wie sich später herausstellte verlustreich privatisiert worden. Öffentliche Aufgaben sollten vom politischen Einfluss des Gesetzgebers befreit sich direkt an den Kapitalverwertungsinteressen im Markt orientieren (Deregulierung). Weitere Maßnahmen waren Steuersenkung als Investitionsanreiz, verfassungsmäßig verankerte Verschuldungsverbote (balanced budgets) sowie freier Kapitaltransfer in off-shore Finanzzentren. *Entbürokratisierung* und Abbau der *Normenflut* waren Schlagworte des Neo-Liberalismus.

Die Liberalen Parteien aus den von Großbanken dominierten Finanzstaaten<sup>50</sup> England, Irland und den Niederlanden besetzten das EU-Kommissariat für Binnenmarkt mit Finanzmanagern. Auch im Jahre 2014 gehörte der oberste EU-Bankenaufseher dazu.<sup>51</sup>

---

50 Es waren diese drei Staaten, häufig allerdings durch Deutschland unterstützt, die in der EU jede Regulierung blockierten und dabei Luxemburg als Finanzplatz ohne politische Macht häufig vorschickten. Sie lockten mit bankenfreundlicher nationaler Gesetzgebung in Luxemburg, den Niederlanden oder Irland oder gleich durch direkte Verbindungen der Londoner City zu den off shore Finanzplätzen.

51 Mario Monti (Italien) begann den Reigen von 1995–1999. (Berater bei Goldman Sachs und Coca Cola, Chef beim Thinktank Bruegel (Mitglieder u. a. Deutsche Bank, Goldman Sachs), Chef der Wirtschaftsuniversität Boconi) Er verlagerte in Absprache mit seiner Kollegin Emma Bonino, die sich für Banken nicht interessierte, de facto den Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen aus der Generaldirektion Verbraucherschutz, die ihre Experten dann in andere Ressorts versetzte, in die GD Binnenmarkt und gründete dort einen Verbraucherschutzbeirat (FinUse), dem der Verfasser ein Jahr lang vorstand. Monti wurde abgelöst von Frits Bolkestein von der Liberalen Partei der Niederlande, der von 1999–2004 Kommissar war und mit seinem neo-liberalen Entwurf einer Richtlinie für freien Dienstleistungsverkehr scheiterte, wodurch allerdings sein eigentliches Wirken bei der weit schwieriger durchschaubaren Deregulierung des Finanzsektors übersehen wurde. Charlie McCreevy aus Irland, wo er in der wilden Zeit der Bankenverlagerung nach Irland Finanzminister war, war dann Kommissar von 2004–2010. Er hat sich als harter Kämpfer für Software-Patente der Computerindustrie einen Namen gemacht. (*FFII e. V. 2000–2015 – CharlieMcCreevyEn*) In Reaktion auf die Krise kam dann 2010 mit dem Franzosen Michel Barnier eine ordoliberalere Kehrtwendung, die jedoch schon 2014 beendet wurde. Neuer Kommissar für Bankenregulierung in einer eigens geschaffenen *Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Union der Kapitalmärkte* wurde der ehemalige englische Bankenlobbyist und Euroskeptiker der Konservativen, Jonathan Hill. Der Spiegel (1.10.2014) schreibt über ihn: »Hill ... vertrat unter anderem die Interessen der Großbank HSBC oder von Londons Börse, der strengere EU-Finanzmarktgesetze ein Gräuel sind.«

## 2 Der starke Staat: die rechte und die linke Antwort

Es gibt eine große Koalition der Kritiker des Neo-Liberalismus. Linke, die die bestehenden Strukturen sozialen Ausgleichs vom Kapitalismus bedroht sehen<sup>52</sup>, haben sich mit Konservativen, die den Staatsabbau als Gefährdung der Ordnung sehen, in einer Koalition zusammengefunden, die den Neo-Liberalismus für die Finanzkrise verantwortlich machen. Sie lehnen eine Globalisierung so ab als ob es nur eine politische Idee wäre. (Attac, Linkspartei, Teile der CDU und CSU). Sie bekämpfen den Euro und die EU<sup>53</sup>, fordern eine Rückkehr zu kleinen Einheiten in der Wirtschaft, zu Genossenschaften und Gemeinschaften, sehnen sich links wie rechts nach Community<sup>54</sup>, Solidargemeinschaften und Empathie. Die Einigkeit in der Kritik und die Unklarheit romantischer wie autoritärer Konzepte verbindet soziale Bewegung und Gemeinschaftsdenken, Kapitalismuskritik und Rückkehr zu vorkapitalistischen Sozialformen. Die Bedrohung durch den Neo-Liberalismus führt zu einer unheiligen Einheitsfront von Gegnern der Freiheit und Befürwortern ihrer sozialen Verwirklichung. Man ist erinnert an die Aufgabe von Demokratie und Freiheit im Namen der deutschen Einheit, die durch den dänischen Feind bedroht erschien, als die Demokratiebewegung im Frankfurter Paulskirchenparlament von 1848 ihrem ärgsten Feind, dem Preußischen Staat, die Polizei und Militärgewalt übertrugen. Deutsche Einheit oder Demokratie: der gemeinsame Feind verband schließlich wehrlose Demokraten mit bewaffneten Reaktionären.<sup>55</sup>

52 *Piketty 2014 – Das Kapital im 21; Sennett 2006 – Der flexible Mensch.*

53 Cinque Stelle und Lega sowie Rifondazione in Italien, AFD und Piraten in Deutschland, Teile der Conservative Party sowie UKIP in England, SYRIZA – Enotiko Kinoniko Metopo in Griechenland, Esquerra Unida i Alternativa sowie Partido Comunista de España. Front National und Kommunisten in Frankreich. (siehe auch »Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)«)

54 Die großen Erfolgsautoren der Kapitalismuskritik in den USA Jeremy Rifkin und Amitai Etzioni haben als Lösung den Kommunitarismus verkündet. Analyse: *Rifkin 2000 – Access; Rifkin 2011 – Das Ende der Arbeit; Rifkin 2011 – Die dritte industrielle Revolution*; Lösung: *Rifkin 2014 – Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft; Rifkin 2010 – Das Zeitalter der Empathie*; Analyse: *Etzioni 1988 – The moral dimension*; Lösung: *Etzioni 1998 – Die Entdeckung des Gemeinwesens.*

55 Das Paulskirchenparlament 1848 hatte die Herstellung der deutschen Einheit mit der Frage der Herstellung von Demokratie verbunden. Seine Ohnmacht führte zur tödlichen Hilfe des preußischen Staates, der eher symbolisch seine Truppen gegen die Dänen einsetzte und sich als Wahrer der deutschen Idee profilierte. Dies ermöglichte es ihm, dem Frankfurter Parlament sich als Polizeiexekutive für Deutschland anzubieten. Seine autoritären Machtstrukturen waren dann der Totengräber der Freiheit. Es entstand daraus ein Gemisch aus Volksbewegung und Feudalismus. Damit war der ideologische Boden für einen Feudalkapitalismus geschaffen, der im 20. Jahrhundert in vielen Staaten faschistische Bewegungen hervorrief. Er schaffte aus der Kapitalismuskritik eine aggressive Gesellschaft, die sich gerade mit den

Die Kritik an Banken und Staat in der Finanzkrise konzentrierte sich vor allem auf den Vorwurf, dass der Finanzkapitalismus schrankenlose Freiheit erhalten habe. Alle staatlichen Fesseln seien abgebaut und auch die moralischen sowie berufsständischen Regeln eines *safe* und *sound banking* seien im Interesse einer anarchisch kurzfristigen Gewinnmaximierung missachtet worden. (*Kasinokapitalismus*) Der freie Markt, der vom Prinzip der sozialen Marktwirtschaft abweiche, habe dazu geführt, dass ohne Verantwortung gehandelt wurde. Ganze Staaten und systemisch wichtige Banken seien in den Bankrott geführt worden. Viele Menschen hätten ihr Haus, ihr Unternehmen und ihre Arbeitsstelle verloren. Das *mühsam Erarbeitete* sei zerstört, die *anständigen Menschen* hätten das Nachsehen. Der *kleine Sparer* müsse die Zeche bezahlen. Das Finanzkapital lebe in der Londoner City in *Ausschweifungen* von seinem *unverdienten Verdienst*. Letztlich zeige die Krise, dass ein ungezügelter freier Kapitalismus nur auf Kosten der Allgemeinheit bestehen könne. Man müsse ihm Zügel anlegen. Bankern solle als *Schadensstiftern für die Gemeinschaft* der Prozess gemacht werden.

Selbst Anhänger der freien Marktwirtschaft und Wegbereiter der Krise glaubten, in diesen Chor einstimmen zu müssen, wenn Professoren wie Thomas Straubhaar ein »Ende des ökonomischen Imperialismus« forderten, Hans-Werner Sinn im Treiben der Finanzakteure »Sex and Crime allererster Sorte« sah oder Bernd Raffelhüschen feststellte, dass bei »manchen die Gier das Hirn zerfressen« habe. Auch die deutsche Kanzlerin sprach sich im September 2008 »gegen unverantwortliche Finanzspekulationen« aus und suggerierte damit, dass es verantwortliche Spekulanten gäbe. Der Krisengipfel der G20 2012 nahm diese Philosophie verstärkter Staatskontrolle auf.<sup>56</sup> Anarchistische (Cinque Stelle) wie rechtsextreme (AFD, FN) Parteien fanden sich bestätigt.

---

größten Industrien verband. Der Typus einer gemeinschaftsorientierten Führerbewegung hatte das ökonomische System kapitalistischer Wirtschaft vom politisch bürgerlichen System der Demokratie abgekoppelt. Preußen stellte dann in zwei weiteren Kriegen die »Deutsche Einheit« her, die man bis heute als Einigungskriege statt als Eroberungskriege mystifiziert. Nach dem eher symbolischen Krieg gegen Dänemark 1864 folgte der Krieg gegen Österreich und die deutschen Südstaaten (Bayern, Hannover, Sachsen, Württemberg, Baden, Sachsen, Frankfurt/Main etc. mit 30 000 gefallenen Bayern) 1867 (»Deutscher Krieg«) und schließlich der Deutsch-Französische Krieg 1871/1872 mit der Niederschlagung der Pariser Kommune und der Selbstkrönung des Preußischen Königs zum deutschen Kaiser im besetzten Frankreich. Der erste und zweite Weltkrieg standen danach durchaus in der politischen Tradition Preußens gegen Demokratie und für militärische Einheit. Die Verbindung von Romantik und Reaktion hat schon Heinrich Heine in Bezug auf 1848 im nachfolgendem Jahr in folgendem Vers zum Ausdruck gebracht: Gemütlich ruhen Wald und Fluß, Von sanftem Mondlicht übergossen; Nur manchmal knallt's – Ist das ein Schuß? – Es ist vielleicht ein Freund, den man erschossen.

56 OECD Oct. 2011 – *High Level Principles on Financial*. Dazu ferner den OECD Fortschrittsreport von September 2013 (OECD Sept. 2013 – *Update Report on the Work*). Die Regulie-

Der Rhetorik der Regierungen folgten allerdings eher Subventionen, Garantien und ein Relaunch des Investmentbanking mit leicht erhöhten Eigenkapitalanforderungen.<sup>57</sup> Die Krisenbewältigung bestand aus drei Säulen: Sparen (in Realwirtschaft und beim Staat zur Stabilisierung des Finanzsystems), mehr Rechtsaufsicht (mit kaum neuen Rechtsmaßstäben) und mehr Vorsorge (durch mehr Eigenkapital dessen Kosten alle gemeinsam tragen). Die Finanzwelt warnte dann wieder vor Überregulierung und autoritären Regimen. Der Markt werde zerstört. Es drohe eine Kreditklemme für mittelständische Unternehmen, wenn die Anforderungen an Kreditwürdigkeit sowie die kostspielige Unterlegung mit Eigenkapital in den entsprechenden Richtlinien weiter verschärft werde.<sup>58</sup> Die Freiheit der Finanzmärkte sei ein hohes Gut und verbürge Effizienz.

Konservative wie Sozialisten sehen im Neo-Liberalismus eine Form des Liberalismus. Der Neo-Liberalismus knüpfe »– seinem Selbstverständnis nach – an Traditionsbestände des klassischen Liberalismus an, versucht aber gleichwohl, ihn (unter den Bedingungen und auf der Höhe des entwickelten Kapitalismus) neu zu formulieren.« (Attac) »Markt und Wettbewerb über alles«<sup>59</sup> pflichten Konservative bei. Das Problem des Neo-Liberalismus liegt damit schon im Liberalismus. Die Grenzen zwischen links und rechts verschwimmen.<sup>60</sup>

---

rungsmaßnahmen sind im Krisenband unter IV.G sowie unter III.C.2 sowie FN III-319/320 beschrieben. Dazu gehören insbesondere die Einführung des EU Financial Stability Board FSB mit einer neuen Architektur der Bankenaufsicht sowie die verschärften Eigenkapitalvorschriften und die Einführung eines Stresstestes, der mit der Simulation der Krise Bankvorkehrungen bewerten soll.

57 In unserem Gutachten für das Europaparlament zur Capital Requirement Directive IV kamen wir auf der Grundlage der Berechnungen unseres Schweizer Bankexperten über die Bedeutung der Eigenkapitalunterlegung für die Stabilität eines Instituts in der Krise sowie für seine Gewinnerwartung zu dem Ergebnis, dass die Eigenkapitalquote zwar den Wettbewerb betrifft, in Bezug auf die Krisenanfälligkeit jedoch kaum Bedeutung hatte. (vgl. *Reifner, Neuberger et al. 2011 – CRD IV, impact assessment*).

58 Aus Ansätzen zur Regulierung von Wucherzinsen auf dem Girokonto wurde ein Gesetz zur Aufklärung der Kunden, dass sie ihr Konto überzogen hätten. Die Zwangsvollstreckung gegen Hypothekenschuldner wird in den USA, England und Spanien inzwischen fortgesetzt. Vorschläge zur Finanztransaktionssteuer sind zu den Akten gelegt, die deregulierenden Finanzmarktförderungsgesetze bleiben ohne Revision, Spiel und Wette mit Finanztiteln sind unbeschränkt möglich, das Investmentbanking wird wieder wie bei der Deutschen Bank zu sehen zur Hauptgewinnquelle der Großbanken. Das Verbot von Leerverkäufen galt kein halbes Jahr. Die off-shore Finanzplätze behielten ihre Regulierungs- und Aufsichtsfreiheit. Nur in der Besteuerung und bei der Transparenz von Briefkastenfirmen kam man weiter jedoch eher unfreiwillig durch die Panama- und Bahama-Papere.

59 *Stürner 2007 – Markt und Wettbewerb über alles*.

60 Böckenförde hält der Marktwirtschaft vor: »Die Dynamik und verhaltensprägende Kraft eines solchen Systems ist ungeheuer. Es wird und ist selbst Subjekt des Handelns; Gewinnerzielung, Kapitalvermehrung, Produktions- und Produktivitätssteigerung, Selbstbehauptung und Ausdehnung am Markt bilden das bewegende und dominierende Prinzip, dessen

Es gehe, so der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD) im Schulterschluss mit der konservativen Aktion des ehemaligen Bundespräsidenten und Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Roman Herzog (CDU), zudem mit einem Marx-Zitat<sup>61</sup>, um eine Wiedererstarkung einer »handlungs- und entscheidungsfähigen Staatsgewalt, die über eine bloße Gewährleistungsfunktion für die Entfaltung des Wirtschaftssystems und ein Ausmitteln des Parallelogramms der Kräfte hinausgeht. ...«<sup>62</sup>

Die Finanzkrise ist kein Kind des Liberalismus, genauso wenig wie der Faschismus ein Kind des Konservatismus und der Stalinismus ein Kind des Sozialismus waren. Der Neo-Liberalismus hat sich unter Nutzung liberaler Sprache als Gesellschaftstheorie des Investmentbankings eigenständig entwickelt und widerspricht den Idealen des Liberalismus. Der Neo-Liberalismus teilt diese Besonderheit mit Faschismus und Stalinismus. Alle drei stellen autoritäre Modellideologien dar, die sich auf die anerkannten und miteinander fruchtbar konkurrierenden Grundanschauungen der modernen Gesellschaft berufen, obwohl sie allenfalls begrifflich

---

funktionaler Rationalität sich alles Weitere ein- und unterordnet. Die arbeitenden Menschen kommen in ihm lediglich als Funktionsträger und Kostenfaktor in den Blick. Wo sie in ihrer Funktion durch Maschinen und automatisierte Technik mit Aussicht auf Kostenersparnis ersetzt werden können, erscheint dies rational und ökonomisch geboten.« (*Böckenförde 24. 04. 2009 – Woran der Kapitalismus krankt*).

- 61 Die Berufung auf Marx im gleichen Atemzug wie auf Papst Johannes Paul II und dessen Kritik am Liberalismus, der dort als Ursache der Finanzkrise dargestellt wird, geht an der Tatsache vorbei, dass Marx anders als der Papst den Kapitalismus als notwendiges Durchgangsstadium darstellte, das mit seinen Gleichheits- und Freiheitsidealen auch ideologisch die Instrumente für eine Fortentwicklung der Gesellschaft im Sinne einer gesellschaftlichen Produktivität erst bereitstellte. Man müsse die Waffen, die die Bourgeoisie geschmiedet habe, gegen sie selbst wenden, heißt es in der Deutschen Ideologie. Marx war weit weniger Kapitalismus kritisch als viele seiner Anhänger und Gegner meinen. Es dauerte ihm nur zu lange, wobei er die Fähigkeiten des Menschen zu vorausschauendem Planen und Handeln letztlich überschätzte, obwohl er dies doch dem recht unbedeutenden kulturellen Überbau über eine rein ökonomisch bestimmte gesellschaftliche Basis zuordnete. Wenn sich Konservative wie Linke der Marx'schen Kritik bemächtigen und sie mit der katholischen Soziallehre vermengen, so wird die berechtigte Kritik zu einer gefährlichen Rechtfertigung illiberalen Gedankengutes.
- 62 Dabei hätte schon früh erkannt werden können, dass Roman Herzog ebenso wie sein verfassungsrechtlicher Kollege und CDU-Konservativer die Nähe zu nationalsozialistischen Rechtsgelehrten wie Maunz und Dürig nicht störte, als sie deren Standardwerk zum Grundgesetz (*Maunz, Dürig et al. op. 1958 – Grundgesetz*) fortführten und damit bis heute mit dem Namen des seiner anti-demokratischen Gesinnung bis ins hohe Alter treuen Herausgebers verbunden blieben. (Zu Maunz vgl. *Stolleis 1998 – Theodor Maunz; Fangmann ©1981 – Staatsrechtswissenschaften im Faschismus*) Böckenförde war ein Verehrer des Theoretikers des Faschismus, Präsidenten der NS-Hochschullehrer und Anti-Semiten Carl Schmitt, dem er einen Aufsatz zum Ausnahmezustand in der größten Deutschen Rechtszeitschrift widmete. (*Böckenförde – Der verdrängte Ausnahmezustand*)



damit zu tun haben. Sie leiten ihre Theorie auch nicht aus den Schriften der Urväter der drei Ideologien ab. Ihre Ideen werden vielmehr in Gegnerschaft zur jeweils anderen Ideologie als Anti-Kommunismus, Anti-Faschismus oder Anti-Liberalismus entwickelt. Indem Neo-Liberalismus, Stalinismus und Faschismus vorgeben, sie seien liberal, sozialistisch oder konservativ, erlauben sie, diese Grundfesten gesellschaftlichen Bewusstseins zu desavouieren.

»Der Neo-Liberalismus stellt die Entartung eines sinnvollen Grundgedankens dar. ... Neo-Liberalismus ist der Totalitarismus des Marktes.«<sup>63</sup> Die durch die Begriffe neo, real<sup>64</sup> oder national verdrehten Anschauungen ähneln sich darin, dass bei ihnen die wirklichen Wünsche, Fähigkeiten, Gebrechen und Träume der Menschen nur im Modell vorkommen.

---

### 3 Synthese: Freiheit mit dem Geld

Gegen linke wie rechte Kritik neo-liberaler Wirtschaftspolitik hilft nur das Ideal der Freiheit und weder seine Aufgabe in der Gemeinschaft oder für einen starken Staat noch seine Relativierung durch soziale Fürsorge im Sozialstaat. Ein Wohlfahrtsstaat, der nicht die Freiheit der Bürger ermöglicht und sichert, ist ein Polizeistaat.

Die Freiheit des einzelnen ist daher die größte Errungenschaft der bürgerlichen Revolution und als Ideal moderner Demokratie und Menschenrechte unabdingbar.<sup>65</sup> Dieses Ideal wurde in dieser Revolution nicht erfunden, sondern hat sich schon vorher über Jahrtausende entwickelt. In der alttestamentarischen Zeit war Freiheit aber eher die Eigenschaft eines Volkes und erst dadurch die Freiheit seiner Angehörigen, die deshalb nicht in Gefangenschaft und Sklaverei leben mussten.<sup>66</sup> Der freie Mensch (Mann) war auch das Ideal der griechischen Philoso-

---

<sup>63</sup> Zinn 2006 – *Neoliberalismus*.

<sup>64</sup> Neoliberalismus, Realsozialismus, neokonservativ oder nationalsozialistisch.

<sup>65</sup> Nach der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung dürfte die Erklärung der Menschenrechte durch die französische Nationalversammlung 1789 der wichtigste Ausdruck dieser Sichtweise sein. In Art. 1 heißt es: »Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits. Les distinctions sociales ne peuvent être fondées que sur l'utilité commune.« (Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im Nutzen für die Allgemeinheit begründet sein.) Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind es die Artikel 2 und 3 GG. Ähnliches findet sich in allen Verfassungen moderner Staaten, in der UN-Menschenrechtskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtscharta.

<sup>66</sup> Die beiden alttestamentarischen Katastrophen Israels (Shoa) waren die babylonische Gefangenschaft und die Wegführung des Volkes Israel nach Ägypten. »Er hat mich gesandt, den

phen ebenso wie der katholischen Kirchenväter und Luthers.<sup>67</sup> Diese Freiheit war immer eine Freiheit der Person und niemals die Freiheit einer Sache. Sie war eine Freiheit im Denken und entscheiden, nicht jedoch im Handeln, das durch die sozialen Erfordernisse und Zwänge bestimmt blieb. Die Freiheit des Menschen wurde daher als *Freiwilligkeit* im Handeln verstanden. Diese löste die Freiheit von den sozialen Umständen der Ungleichheit und war damit weniger pathetisch als diejenige der bürgerlichen Revolution. Entscheidend aber war, dass Freiheit und Gleichheit voneinander getrennt blieben. So blieb der Grad der individuellen Freiheit von den Ungleichheiten der Stände und Personen abhängig. Aristoteles bedauerte in der Nikomachischen Ethik, dass Sklaven eben nur so tugendhaft freiwillig handeln könnten, wie es ihr Stand zuließe. Auch Luther<sup>68</sup> sah die »Freiheit eines Christenmenschen« durch Ungleichheit beschränkt. Er sei nur als Christ frei im Willen, leiblich und sozial aber abhängig. Daher kann er auch den Bauern, die Freiheit vom Joch der Abgaben forderten, die Unterwerfung unter ihre Obrigkeit predigen.<sup>69</sup>

---

Elenden zu predigen, die zerbrochenen Herzen zu verbinden, zu verkündigen *den Gefangenen die Freiheit*, den Gebundenen, dass ihnen geöffnet werde.« (Jesaja 61.1)

67 Bei Aristoteles (*Aristoteles 322 vor Chr. – Nikomachische Ethik*) ebenso wie bei Platon und Augustinus ist die Freiheit des Individuums die Möglichkeit zu bewusstem eigenverantwortlichem Handeln. Die Freiheit ist somit eine Freiwilligkeit, die erst den Menschen zu einer Person erhöht.

68 Nach Luthers Zwei-Reiche-Lehre ist der Christenmensch als leiblicher Mensch in der Welt abhängig und unfrei (»gefangen, krank und matt, hungert, dürstet und leidet«), als geistlicher Mensch aber ist er frei vor Gott: »Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan. ... So wir uns vornehmen den inwendigen, geistlichen Menschen, zu sehen, was dazu gehöre, dass er ein frommer, freier Christenmensch sei und heiße, so ist's offenbar, dass kein äußerliches Ding kann ihn noch fromm machen, wie es mag immer genannt werden, denn seine Frömmigkeit und Freiheit, wiederum seine Bosheit und Gefängnis sind nicht leiblich noch äußerlich. Was hilft's der Seele, dass der Leib ungefangen, frisch und gesund ist, isset, trinkt, lebt, wie er will! Wiederum, was schadet das der Seele, dass der Leib gefangen, krank und matt ist, hungert, dürstet und leidet, wie er nicht gern wollte! Diese Dinge reichen keines bis an die Seele, sie zu befreien oder fangen, fromm oder böse zu machen.« (*Luther 1520 – Von der Freyhayt Aines Christenmenschen; Luther 1995 – Von der Freiheit eines Christenmenschen*). Luther folgt damit dem von der Klassik entlehnten mittelalterlichen Freiheitsbegriff, der statt »der Freiheit« den Plural wählt und damit den Privilegien nahekommt, die wiederum eine gestufte Gesellschaft vorsehen. (vgl. *Mensching Sept. 2004 – Thomas von Aquin über Freiheit*).

69 *Luther 1888 [1525] – Drei Traktate*: »Dreierlei greuliche Sünden wider Gott und Menschen laden diese Bauern auf sich, daran sie den Tod verdient haben an Leib und Seele mannigfältiglich. Zum ersten, daß sie ihrer Obrigkeit Treu und Huld geschworen haben, untertänig und gehorsam zu sein; wie solches Gott gebietet, da er spricht: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist; und Römer 13: Jedermann sei der Obrigkeit Untertan usw. Weil sie aber diesen Gehorsam brechen mutwilliglich und mit Frevel und dazu sich wider ihre Herren setzen, haben sie da-

Die eigentliche Revolution im Denken der bürgerlichen Revolution, die uns heute beherrscht, war daher nicht die Entdeckung der individuellen Freiheit, mit der der sog. *Westen* sein rechtliches, wirtschaftliches und militärisches Handeln unterlegt. Es war die Verbindung der Forderung nach Freiheit mit der weit revolutionäreren Forderung nach individueller Gleichheit.<sup>70</sup>

Schon vorher waren allerdings selbst Sklaven untereinander frei. Das Gleiche galt für die übrigen Stände unter sich. Sie waren jedoch unfrei in der Hierarchie der Stände. Der freie ungleiche Mensch wurde erst in der bürgerlichen Gesellschaft zum *gleich freien* Menschen. Freiheit bestand damit nicht mehr nur unter der Herrschaft Gottes, der Patrizier oder Könige, sondern auch ihnen gegenüber. Art. 1 der Deklaration der Menschenrechte von 1789 schließt »ständische sowie andere soziale Unterschiede« als Anknüpfungspunkt für eine Einschränkung der Freiheit aus. Freiheit *und* Gleichheit stehen nun im Mittelpunkt des Rechts.<sup>71</sup> Hegel ordnet die *Gleichheitsfreiheit* direkt dem Geld zu, das die qualitativ unterschiedlichen Sachen im Tauschvertrag durch einen gemeinsamen Wert gleich mache. Für das Geld bestand dieses Wesensmerkmal seiner Besitzer schon vor Einführung des synallagmatischen Tauschvertrags. Seine Erfindung zur Ermöglichung von Steuern, Abgaben und Opfern setzte seine staatliche und rechtliche Anerkennung als qualitativ gleiche Forderung gegen gleiche Geldbesitzer voraus.<sup>72</sup>

Der Handel hat dann mit der Geldnutzung an die Stelle von Raub und Krieg die Kooperation durch Tausch mit Fremden gesetzt und zwar gleichgültig wer sie waren, ob Freund oder Feind. Der Vertrag musste Hegel<sup>73</sup> zufolge den anderen als

---

mit verwirrt Leib und Seel, als die treulosen, meineidigen, lügenhaften, ungehorsamen Buben und Bösewichte pflegen zu tun.«

70 Alexis de Tocqueville sah das revolutionär neu im Volke verankerte Ideal in der Gleichheit, das die neue Art der Freiheit (»die gleiche Freiheit«) erst ermöglichte: »Bei den meisten Völkern der Neuzeit und insbesondere bei allen Völkern des europäischen Erdteils setzte die Entstehung und die Entfaltung des Freiheitssinnes und der Idee der Freiheit erst in dem Zeitpunkt ein, als die gesellschaftlichen Bedingungen sich auszugleichen begannen und als Folge dieser Gleichheit selbst. ... Bei diesen Völkern ging die Gleichheit der Freiheit voraus; (*l'égalité a précédé la liberté*); die Gleichheit war also eine alte Erscheinung, als die Freiheit noch eine neue Sache war ... Ich denke, dass die demokratischen Völker einen natürlichen Sinn für die Freiheit haben; ... Für die Gleichheit aber nähren sie eine feurige, unersättliche, ewige, unbesiegbare Leidenschaft; sie wollen die Gleichheit in der Freiheit, und können sie diese nicht erlangen, so wollen sie sie noch in der Knechtschaft. Die Armut, die Knechtung, die Barbarei werden sie ertragen, die Aristokratie aber werden sie nicht dulden. ... In unseren Tagen kann die Freiheit nicht ohne ihre Hilfe begründet werden ...«

71 Oben FN 70.

72 Dazu oben I.B.5, wo die Anerkennung von qualitativen Forderungen durch das Recht als notwendige allerdings nicht hinreichende Bedingung für deren Zirkulationsfähigkeit und damit ihren Geldcharakter hergeleitet wurde.

73 »Indem jeder im reellen Vertrage dasselbe Eigentum behält, mit welchem er eintritt und welches er zugleich aufgibt, so unterscheidet sich jenes identisch bleibende als das im Vertrage

gleich und zur Verfügung frei berechtigten Eigentümer akzeptieren, ohne dass dieser andere Mensch sozial gleich sein musste. Artikel 4 der Menschenrechtserklärung sieht die Freiheit des Individuums allein durch die Gleichheit der Rechte anderer eingeschränkt: »Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was einem anderen nicht schadet: Die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen hat also nur die Grenzen, die den anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuss ebendieser Rechte sichern. Diese Grenzen können nur durch das Gesetz bestimmt werden.«<sup>74</sup>

Dieses Denkmodell einer modernen *Freiheit in Gleichheit* hat seine Wurzeln im Geld. Das Geld verlangte zu seinem Gebrauch die Freiheit der gleichberechtigt gegenüberstehenden Individuen. Wo dies gewährleistet war, führt diese produktive Heuristik zu einem hohen wirtschaftlichen Vorteil und einer weltweiten reibungslosen Kooperation: den freien Tausch gegen die unbegrenzt gleiche Ware Geld. Doch mit dieser Verbindung der Vorstellung von der Gleichheitsfreiheit mit dem Geld, die die Freiheit für jedes einzelne Geldstück verlangte und damit großen Geldvermögen viel mehr Freiheit als den Geldarmen verlieh, nahm die Geldfreiheit zugleich auch eine wesentlich unbegrenzter wirkende Ungleichheit in Kauf, die schließlich auch die Freiheit bedrohte.

Schon Hegel hatte erkannt, dass die Freiheit wie es § 903 BGB heute noch formuliert, dem Eigentümer das Recht gab, mit »der Sache nach Belieben (zu) verfahren und andere von jeder Einwirkung aus(zu)schließen«.<sup>75</sup> Die Gleichheit beim

---

an sich seiende Eigentum von den äußerlichen Sachen, welche im Tausche ihren Eigentümer verändern. *Jenes ist der Wert, in welchem die Vertragsgegenstände bei aller qualitativen äußeren Verschiedenheit der Sachen einander gleich sind*, das Allgemeine derselben (§ 63).« (Hegel 1821– *Grundlinien der Philosophie des Rechts* § 77)

- 74 »La liberté consiste à faire tout ce qui ne nuit pas à autrui: ainsi l'exercice des droits naturels de chaque homme n'a de bornes que celles qui assurent aux autres membres de la société la jouissance de ces mêmes droits. Ces bornes ne peuvent être déterminées que par la loi.« Ähnlich auch Rosa Luxemburgs Ausspruch: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden« (Die Russische Revolution 1918), der auf den Kernbereich der *Freiwilligkeit* zurückführt. Dagegen ist der Satz Hegels von der »Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit« (zustimmend zitiert von Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 22, 106) doppelt gegensätzlich: Freiheit meint hier Handlungsfreiheit und Wille meint hier Bewusstsein. Freier Wille kann daher nur dort herrschen, wo das richtige Bewusstsein über die Zwänge und Notwendigkeiten des Lebens besteht. Damit sind Hegel und Engels wieder bei Luther, während Rosa Luxemburg in den Idealen der französischen Revolution bei Tocqueville angekommen ist.
- 75 Bei Hegel (Hegel 1821 – *Grundlinien der Philosophie des Rechts*) heißt dies dann: »§ 41 Die Person muß sich eine äußere Sphäre ihrer Freiheit geben, um als Idee zu sein. ... § 44 Die Person hat das Recht, in jede Sache ihren Willen zu legen, welche dadurch die meini- ge ist, zu ihrem substantiellen Zwecke, da sie einen solchen nicht in sich selbst hat, ihrer Bestimmung und Seele meinen Willen erhält, – absolutes Zueignungsrecht des Menschen auf alle Sachen.... § 45 ... die wahrhafte Stellung aber ist, daß vom Standpunkte der Freiheit aus das Eigentum, als das erste Dasein derselben, wesentlicher Zweck für sich ist.«

freien Zugang zum Eigentum wird zur Ungleichheit bei der Ausübung gleicher Freiheitsrechte bei ungleicher Eigentumsverteilung. Der Zusammenhang von Freiheit und Vermögen ist in Art. 4 der Menschenrechtsdeklaration sichtbar, die noch ohne die 1848 hinzugefügte Brüderlichkeit auskam: »Diese (natürlichen und unantastbaren Menschenrechte) sind das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.«<sup>76</sup> Freiheit und Gleichheit bauen auf dem Eigentum auf und versprechen staatliche Sicherung vor fremden Eingriffen. Sie sind zugleich Abwehrrechte gegen den Staat im magischen Werte-Pentagon der Eigentümergesellschaft.

Die die Freiheit bedrohende Schere zwischen reich und arm war daher schon in der Gesellschaft der Sacheigentümer bekannt.<sup>77</sup> Mit der Fortentwicklung des Sacheigentums zum Vermögen (property rights) wurde aus der Eigentumsfreiheit die Gewerbefreiheit, die als wesentliches Element das Recht zur Gewinnerzielung, also zur individuellen Bereicherung, einschließt. Sie ist nicht nur in den ersten Artikeln aller Menschenrechtskonventionen und Verfassungen, sondern vor allem auch im Europäischen Vertrag sowie dem Welthandelsabkommen WTO aufgenommen. Zwar wurden in Art. 2–8 des Lissaboner Vertrages über die Europäische Union (AEUV)<sup>78</sup> kulturelle und soziale Werte und ein Bekenntnis zur Demokra-

76 Art. 4 »Ces droits (*naturels et imprescriptibles de l'homme*) sont la liberté, la propriété, la sûreté et la résistance à l'oppression.« Die *Brüderlichkeit* (Fraternité) wurde erst 1848 von Napoleon III an die Stelle der *Sicherheit* (sécurité) gesetzt. Sie wird heute unzutreffend als Beweis dafür zitiert, dass die Grundwerte des Bürgertums immer schon auch das Element der Solidarität enthielten. Die Brüderlichkeit war ein Gegensatz zur Logik der Eigentumsfreiheit, auch wenn sie schon 1794 von den Jakobinern als Kampfpapole ausgegeben wurde. Sie war eher Mittel zu den anderen Grundrechten und erhielt den Rang eines Grundwertes eher als Zugeständnis Napoleon III an die Kirche, die hier ihre Werte des Almosens verankert sah. Tatsächlich kommt der Begriff aus dem Neuen Testament und war die Grundlage des Mönchseins in den Ordensbruderschaften. 1793 soll das Direktorium angeordnet haben, an den Fassaden die Aufschrift aufzubringen: »Einheit, Unteilbarkeit der Republik; Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder der Tod« (»Unité, Indivisibilité de la République, Liberté, Égalité, Fraternité ou la mort«). Allerdings war dies ein Aufruf zum Einreihen in eine gemeinsame Kampffront und nicht zur Solidarität mit den Schwächeren und erinnert eher an den Satz aus der NS-Zeit »und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.« Der letzte Teil der Aufschrift wurde daher auch bald wieder verboten. (vgl. *Wikipédia* 2013 – *Liberté, Égalité*)

77 Zu der entsprechenden Feststellung bei Hegel vgl. FN 99.

78 Hier zitiert in der *Konsolidierten Fassung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union* Amtsblatt der EU 2010/C 083/01; Art. XXIV (4) GATT Vereinbarung von 1947 lautet: »4. The contracting parties recognize the desirability of increasing freedom of trade by the development, through voluntary agreements, of closer integration between the economies of the countries parties to such agreements. They also recognize that the purpose of a customs union or of a free-trade area should be to facilitate trade between the constituent territories and not to raise barriers to the trade of other contracting parties with such territories.« Für die Freiheit von Finanzdienst-

tie (Art. 9–13) vorangestellt. Doch schaut man sich die eigentlich wichtige Kompetenzverteilung für die EU an, so steht nach wie vor das Ursprungsziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Art. 3 an der Spitze, »ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts *ohne Binnengrenzen*«, also einen freien internen Markt, zu verschaffen. Art. 26 (2) formuliert die Grundlage der Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofes sowie der EU-Richtlinien: »(2) Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen *und Kapital* gemäß den Bestimmungen der Verträge gewährleistet ist.«

Mit dieser Eigentümerfreiheit hatte die Französische Revolution die feudale Ungleichheit nicht grundsätzlich abgeschafft, sondern nur an die Stelle der qualitativen Unterschiede feudaler Hierarchien die quantitativen Unterschiede im Wert des Eigentums gesetzt. Mit der Vergeldlichung von Eigentümerkapital, bei dem Reichtum unmittelbar in juristische Herrschaftstitel von Forderungen verwandelt werden konnte, wurden alle Grenzen der Bereicherung gesprengt. Der Reichtum der Milliardäre wäre im Sacheigentum niemals darstellbar gewesen. Damit aber wuchs die sachlich begrenzte Ungleichheit so ins Unermessliche, dass sie zur politischen Macht wurde, die im Faschismus sogar zu einer Refeudalisierung der Wirtschaft führte. Manager wurden zu »Wirtschaftsführern« mit diktatorischen Rechten ernannt. Gleiche Freiheit gilt nicht für jeden Menschen, sondern für jedes Eigentum gesondert. Wo das Eigentum in Geld besteht, kann es für jeden Euro geltend gemacht werden. Damit ist wie Marx es beschrieb<sup>79</sup> der Eigentümer vieler Sachen *gleicher*<sup>80</sup> als derjenige, dem nichts gehört. Die Sozialisten wollten

---

leistungen gilt ein erweitertes internationales Konzept gegenüber dem General Agreement on Trade in Services gem. Ziff. 3 des Protokolls über das Verständnis der Finanzdienstleistungen (S. 421 ff): »Cross-border Trade 3. Each Member shall permit non-resident suppliers of financial services to supply, as a principal, through an intermediary or as an intermediary, and under terms and conditions that accord national treatment, the following services: ...«

79 »Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z. B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. ... Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen.« (Das Kapital, MEW 23, 189 f.; vgl. Grundrisse 81 f., 160; MEW 19, 20 f.)

80 George Orwell hat in seiner Fabel »Die Farm der Tiere« (Orwell 2002 – *Farm der Tiere*) im 10. Kapitel mit dem geflügelten Wort »Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere« diese Erkenntnis nicht nur auf die bürgerliche, sondern auch auf die sozialistische (russische) Revolution angewandt, in der in der Tat mit der Überwindung quantitativer

daher das produktive Mehreigentum verstaatlichen, vergesellschaften, kollektivieren. Sie mussten jedoch einsehen, dass damit zugleich auch Initiative, Produktivität und flexible Allokation nach Bedürfnissen verloren gingen. Dass die Reichen immer reicher werden und die Armen dabei weiter zurückbleiben ist seitdem der wesentliche Kritikpunkt, den sich Sozialdemokraten mit Kirchen und Konservativen teilen. Die Gleichheit, die die Freiheit erst zu einer allgemeinen Freiheit hin emanzipierte, wurde von ihrem Zwillingsbruder, der Geldfreiheit, allmählich verschlungen. Gleiche Geldfreiheit ermöglichte unendliche Ungleichheit, die damit selbst die politische Freiheit bedrohte.

Das entscheidende Element des modernen Kapitalismus ist daher nicht seine Freiheit, sondern wie auch schon im Feudalismus deren Beschränkung durch eine fortdauernde Ungleichheit. Während die feudale Wirtschaft die Ungleichheit ständisch zementierte und mit dem Besitz am nur durch Raub vermehrbaren Grund und Boden untrennbar verband, verknüpfte die bürgerliche Gesellschaft die Ungleichheit mit dem zunächst nur begrenzt vermehrbaren Sacheigentum und dann aber mit dem unendlich vermehrbaren Geld. Damit verlor die Ungleichheit zugleich aber auch alle ihre Grenzen und Beschränkungen.

Wie wir im Abschnitt über die Ideologie von Reichtum und Armut sehen werden, stellt der einheitliche Reichtums- bzw. Armutsbegriff dabei eine doppelte Verkehrung dar: er setzt nicht nur den Besitz von Geld- und Sachvermögen gleich, sondern zugleich auch jenes Sach- oder Geldvermögen, das dem persönlichen Verbrauch dient, mit dem in vielfältiger Weise gesellschaftlich gebundenem Produktiveigentum. Das BGB hat diese Unterscheidung mit dem Unternehmerbegriff des § 14 BGB angesprochen. Danach spaltet sich das Eigentum in Sachen zum persönlichen Verbrauch und solchen Sachen auf, die »zu Zwecken (benutzt werden), die überwiegend (... der) gewerblichen (oder) ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.«

Die Wirtschaftsfreiheit ist danach kein einheitliches Recht, sondern bezieht sich auf vier unterschiedliche Eigentumsformen, die in sehr verschiedener Weise menschliche Freiheit garantieren bzw. bedrohen: das reale Sachvermögen und das Geldvermögen jeweils wiederum differenziert nach seiner Funktion für die Konsumtion und die Produktion. Diese verfassungsrechtlich geschützten Eigentumsrechte (Art. 14 GG), die im Zivilrecht (§ 311b Abs. 2 BGB) wie auch im Volksmund als *Vermögensrechte* bezeichnet werden, sind in ganz verschiedener Weise rechtlich wie gesellschaftlich eingebunden. So ist die Freiheit im individuellen

---

Ungleichheit im Kapitalismus mit Kollektivierung des Privateigentums die ständische Ungleichheit der Feudalzeit über die Hierarchien der Nomenklatura wieder eingeführt wurde. Faschismus wie Stalinismus können daher durchaus als sozialistisch verbrämte Refeudalisierungen der Gesellschaft angesehen werden.

Konsum weit persönlichkeitsnäher (Art. 2, 14 Abs. 1 GG) als die eingeschränkte Freiheit in der gesellschaftlichen Produktion (Art. 14 Abs. 2; 15 GG). Dies ist ohne Schaden für die Gemeinschaft möglich, weil die Konsumtionsbedürfnisse diese Vermögensrechte schon prinzipiell begrenzen und der Konsum durch seine Individualität weniger anfällig für die Herrschaft über andere ist. Kooperation, wie sie den produktiven Bereich bestimmt, erfordert dagegen allein schon funktional Herrschaft.<sup>81</sup>

Gleichwohl kann auch die übermäßige und freie Verfügung über Konsumgüter und Dienstleistungen eine gesellschaftliche Herrschaftsdimension annehmen. Die empörendste Form erreichte der Luxuskonsum dabei im französischen Feudalismus, wo der auffällige Konsum der Herrschenden den gesamten Konsumfonds so schmälerte, dass der Hunger der Armen damit unmittelbar zusammenhing.<sup>82</sup> Verschlimmert wird dies durch die Möglichkeiten der Geldgesellschaft. Der Raub von Geldeinkommen zum eigenen Luxuskonsum schmälert nicht nur den Konsum eines Volkes, sondern seine Investitionsmöglichkeiten, wenn die herrschenden Familien in diesen Ländern das Geld statt zur Entwicklung von arbeitsplatzschaffender Kooperation zu Hause in die Luxuskonsummöglichkeiten der Länder

81 Die Unterscheidung der Verantwortlichkeit im Konsum und in der Produktion verliert allerdings mit der Vergesellschaftung tendenziell an Bedeutung. Auch heute wird der Konsum gesellschaftlich immer stärker eingebunden. Der sog. ökologische Verbraucherschutz schützt weniger den Verbraucher als die Umwelt vor den individualistischen Verbrauchsgewohnheiten dieser Menschen. Leichtsinnige Kreditaufnahme gefährdet heute nicht nur den einzelnen Verbraucher und seine Familie, sondern die Werthaltigkeit der zirkulierenden Forderungen und damit die Stabilität des Finanzsystems insgesamt. Wo öffentliche Güter (aus)genutzt werden (Wald, Luft, Wasser ...) war von jeher die Konsumeigentumsfreiheit stärker begrenzt. Der Unterschied zwischen Konsum und Arbeit schwindet immer mehr dahin, wo Konsum kooperativ (Nutzungsökonomie (shared economy) statt Einkaufsökonomie) gestaltet und die vielen Formen des Konsum-Sharings auch hier funktionale Machtausübung über die Gedankenlosigkeit individuellen Konsums erfordert. Die gesamte Abfallwirtschaft mit der Mülltrennung sowie den Pflichten zur Rücknahme von Flaschen, Autos, Plastiktüten oder Elektroschrott greift tief in die einst individualistisch verstandene Konsumfreiheit ein.

82 Ähnliche Ausmaße nahm der Luxuskonsum der Herrschenden gefördert von korrumpierenden und bestechenden Großunternehmen wie etwa Siemens in Entwicklungsländern an, wo der philippinische Diktator Marcos bei einer darbenenden Bevölkerung seiner Frau 10000 von Schuhpaaren spendierte oder der rumänische Diktator Ceaucescu sich Schlösser zum privaten Gebrauch bauen ließ. Bokassa in der Zentralafrikanischen Republik und der Haitianische Diktator Papa Doc mit seiner Geheimpolizei Ton-Ton-Macout bereicherten sich am Konsumfonds einer verarmten Gesellschaft, die sich nicht ernähren konnte. Das Verhalten der griechischen und spanischen Reichen in der Ausbeutung nationaler Produktion für individuellen Konsum zeigt ähnliche Tendenzen. Dass in Deutschland der auffällige Konsum der Reichen so verpönt ist, dass Friedrich Krupp sich nur im Lodenmantel zeigte, und der Reichtum eher als Reinvestition der Volkswirtschaft zugutekommt, hat wohl etwas mit nationaler Zersplitterung in Kleinststaaten zu tun, die dem Luxus historisch Grenzen setzte.



investieren, von denen sie einst kolonialisiert wurden und auch heute in ökonomischer Abhängigkeit gehalten werden.<sup>83</sup> Doch der Arcandor-Skandal zeigt auch in Deutschland, dass die Gefahr kaum gebannt ist.<sup>84</sup>

Die weit größere Gefahr für die Freiheit der Menschen aber entsteht erst, wo der virtuelle Reichtum des Geldes sich im produktiven Sektor unbeschränkt vermehren kann und auf keine Verantwortungsgrenzen trifft. Die Freiheit des Finanzkapitals bedroht dann die Gewerbefreiheit in der Realwirtschaft, die die Freiheit der Vermögensvermehrung mit den rechtlichen wie gesellschaftlichen Verantwortlichkeiten zur Verwaltung von Arbeitsstätten und Produktion verbindet. Der Finanzkapitalist, dem es erlaubt wurde, seine Forderungen von ihrem realwirtschaftlichen Inhalt und Wert zu lösen, muss sich um Ansehen und Arbeitsplätze, um Recht und Moral, um sozialen Frieden und menschliche Existenzen nicht mehr sorgen. Es reicht, wenn er seine Rendite als Shareholder Value einbringt. Diese ungezügelter Freiheit bedroht auch den Konsumfonds, wenn die marodierenden Finanzvermögen aus Angst vor der Aufdeckung ihrer Wertlosigkeit in produktive wie konsumtive Realwerte flüchten und den unkontrollierten Willen ihrer Eigentümer über den Erwerb von Grund- und Boden, Kunstschatzen, in die Entwicklung arbeitsintensiver aber kulturloser Luxusprodukte stecken oder als Wohltäter verkleidet die Gesundheitspolitik ganzer Kontinente bestim-

83 In der modernen Kleptokratie entnehmen Diktatoren, Wirtschaftsoligarchen und Öl-Prinzen direkt das Geldvermögen dem heimischen Konsumfonds der Gesellschaft. So entwickelten sich die Söhne Ghaddafis aus Libyen, die Tochter des angolanischen Präsidenten oder die Söhne Saddam Husseins mit Schweizer Bankenhilfe zu Milliardären, die dann im Ausland Luxusvillen und Yachten besaßen. Sie fielen neben dem märchenhaften Konsum russischer Oligarchen oder arbeitsloser Milliardenerben kaum auf, weil der Vergleich mit den Konsummöglichkeiten der eigenen Bevölkerung verstellt war. Wo wie in der Schweiz (Luxemburg, Bahamas, City of London, Singapur, Manhattan, Beverly Hills) sich Reichtum in Gemeinschaften konzentriert hat, die alle ähnlich konsumieren, fällt die Ungleichheit und der Raub am Konsumfonds einer Gesellschaft durch wenige kaum noch auf.

84 Die Handelsgesellschaft Arcandor (Karstadt) sollte gerettet werden. Hierzu war der bei Bertelsmann in Ungnade gefallene Thomas Middelhoff als Manager angestellt worden. Er wurde im November 2014 in erster Instanz zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Neben Steuerhinterziehung wurde ihm die Veruntreuung von Betriebsvermögen durch ein luxuriöses Leben auf Kosten des Konzerns vorgeworfen. Er soll 500 000 € mit Flügen nach St. Tropez inkl. der Bewirtung von Freunden (32 000 €) veruntreut haben, während die Arbeitnehmer Lohnverzicht üben mussten. Doch der Luxuskonsum war nur der hässliche Ausdruck der Veruntreuung. Der Bonus von 100 Mio. € hatte keine Konsumkomponente mehr. Die Privatbank Sal. Oppenheim mit Josef Esch raubte ebenfalls den Konzern aus. Der Nachfolger Karl-Gerhard Eick erhielt 15 Mio. € Abfindung für nur 6 Monate im Dienst und beantragte wohl zur Vertuschung dieser Entnahmen den Konkurs, der vielen Arbeitnehmern die Existenz nahm. Nachträglich stellte die Staatsanwaltschaft allerdings bei Middelhoff fest, dass Karstadt nicht insolvent war und stellte das Verfahren wegen Konkursverschleppung ein. (Ritzer 24. 11. 2014 – Arcandor: Ramponiert)

men. Die Grenzüberschreitungen vom produktiven Finanzkapital zum konsumtiven Sach- und Geldvermögen bedroht dann die kulturelle Entwicklung, wo die Museumsneubauten und Ausstellungsstücke nicht den Sachverstand eines Volkes, sondern den unentwickelten Geschmack ihrer Stifter repräsentieren.

Geldfreiheit ist notwendig. Anders als beim Sachvermögen ist sie aber nur als Mittel und nicht als Zweck erforderlich. Als Kapitalverkehrsfreiheit oder als Recht zur freien Verausgabung von Geldvermögen ist sie kein Ausdruck des Menschenrechts auf Freiheit in Gleichheit, sondern ein Mittel, um diese Freiheit dort zu verwirklichen, wo es um quantifizierbare Verteilungsprobleme geht. Dieses Mittel droht jedoch durch seine Grenzenlosigkeit in eine Bedrohung des Menschenrechts auf Freiheit in Gleichheit umzuschlagen. Um die Freiheit zu schützen, muss daher der Gebrauch von Geldkapital in Regeln eingefasst werden und es müssen die Grenzen zum Sacheigentum sowie zum Konsumeinkommen so befestigt werden, dass eine Überschreitung ohne gesellschaftliche Kontrolle nicht möglich ist.

Das Geld

Band 2 Soziologie des Geldes - Heuristik und Mythos

Reifner, U.

2017, XI, 367 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-14103-5